

Bürgerarbeit mit Ecken und Kanten

117 "Bürgerarbeiter" sind in Suhl im Einsatz. Die Grenzen für ihre Tätigkeit sind eng gesteckt. Zu eng, meinen manche Träger.

Von Georg Vater

Suhl - Für die einen ist sie nach Jahren der Arbeitslosigkeit eine Chance, endlich wieder einer geregelten Beschäftigung nachzugehen, für die anderen Ausbeutung zum Hungerlohn: An der Bürgerarbeit scheiden sich die Geister.

Denn weder die derzeit rund 80 Suhler Bürgerarbeiter in Trägerschaft der Stadt noch die 37 anderen, zumeist von Wohlfahrtsorganisationen angestellten, kommen mit ihrer Arbeit aus Hartz IV heraus. Sie erhalten von den Trägern über ihr vom Bund finanziertes Bruttogehalt in Höhe von 900 Euro hinaus keine finanzielle Ergänzung. "Kaum ein Träger hierzulande kann das Gehalt auf Tarifniveau aufstocken, obwohl das so eigentlich gedacht ist", sagt Rolf Grauling. Viele Bürgerarbeiter bleiben damit trotz 30-Wochenstunden-Job in der Hartz IV-Kartei hängen. Sie müssen "aufstocken", das heißt, zusätzlich Geld von der Arge beziehen, um ihren Lebensunterhalt bestreiten zu können.

"Wichtiges Signal"

Dennoch hält der Chef des Jobcenters Suhl die Beteiligung an dem von der Bundesregierung 2010 aufgelegten Modellprojekt für richtig. "Es geht dabei ja auch darum, Fähigkeiten für den ersten Arbeitsmarkt zu erlernen." Deshalb würden für die Bürgerarbeit diejenigen Langzeitarbeitslosen ausgewählt, die "weit entfernt vom regulären Arbeitsmarkt" seien. Der Auswahl geht eine sechsmonatige sogenannte Aktivierungsphase voraus. Mit Erfolg, wie Grauling mit Blick auf aktuelle Zahlen sagt. 330 Männer und 320 Frauen wurden in Suhl seit Beginn des Modellprojekts "aktiviert". 23 Prozent fanden danach eine Stelle auf dem ersten Arbeitsmarkt, 16 Prozent gingen in die Bürgerarbeit. "Das kann sich doch sehen lassen", findet der Arge-Chef.

Durch die Bürgerarbeitsplätze könne man schließlich auch denjenigen eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung anbieten, die sonst weiter zu Hause sitzen und nur Hartz IV beziehen würden.

Das sieht auch Ina Leukefeld so. Die Vorsitzende des Suhler Sozialausschusses und Landtagsabgeordnete der Linken hatte sich stark gemacht für eine Beteiligung der Stadt an dem Bundesprojekt. Um eine erste Bilanz zu ziehen, besuchte sie jetzt Bürgerarbeiter in Suhl. In der Begegnungsstätte der Volkssolidarität Am Himmelreich traf sie auf Carina Lotz. Die junge Frau, alleinerziehende Mutter, ist froh, eine Bürgerarbeitsstelle bekommen zu haben - auch wenn sie aufstocken muss. "Aber ich kann für mein Geld arbeiten und habe das gute Gefühl, etwas Sinnvolles zu tun", sagt sie. Dabei ist das Tätigkeitsfeld der gelernten Hauswirtschaftlerin eng begrenzt. Sie kümmert sich im offenen Treff um die Senioren. "Vorlesen, erzählen, basteln oder beim Spaziergang begleiten. Mehr ist nicht drin."

Denn als Bürgerarbeiterin darf sie nur zusätzliche Aufgaben erfüllen, um nicht mit dem ersten Arbeitsmarkt zu kollidieren. "Nimmt sie einen Lappen und wischt den Tisch ab, geht das

schon über die genehmigten Aufgaben hinaus", sagt ihre Chefin Simone Dunger. Die mit dem Bundesverwaltungsamt, abgestimmten Auflagen zur Beschäftigung von Bürgerarbeitern seien sehr streng. Viele Träger wünschen sich mehr Freiraum. Ähnlich ist die Situation im Jugendclub "Auszeit", wo ein Bürgerarbeiter mit Jugendlichen ein Medienprojekt durchführt und in der Paul-Greifzu-Schule. Dort erfahren die Schüler von einer Bürgerarbeiterin bei einem Projekt alles über gesunde Ernährung. Auch der Fortbestand der Zooschule wird über die Bürgerarbeit gesichert.

Mehrfach mussten Anträge schon überarbeitet werden, weil sie sonst keine Chance auf Genehmigung gehabt hätten, sagt Rolf Grauling. "Wir mussten feststellen, dass es zwischen der Einschätzung unseres Beirates und den Vorstellungen des Bundesverwaltungsamtes Differenzen gab."

Dass in Suhl dennoch 117 von 150 möglichen Bürgerarbeits-Stellen auf den Weg gebracht werden konnten, sei nicht hoch genug einzuschätzen, meint Ina Leukefeld, die dafür plädiert, Geld aus dem Landesarbeitsmarktprogramm zur Aufstockung der Bürgerarbeitsgehälter einzusetzen. Es sei wichtig, dass Menschen für andere Menschen tätig werden könnten. "Man kann nicht alles auf die ehrenamtliche Schiene zurückfahren." Auch deshalb sei die Bürgerarbeit für die Gesellschaft und für viele Langzeitarbeitslose durchaus ein Gewinn.